



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/19

23. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die jüngste Entwicklung an der Saar S.1
Die parlamentarische Situation in England S.3
Belastete Führer-Anwärter der Bereitschaftspolizei S.4

S a a r - D ä m m e r u n g

P.R. Im Kessel der Saar-Politik brodelt es bedenklich! Die Suppe, die einige ehrgeizige Politiker der Bevölkerung eingebrockt haben, droht überzukochen. Wie sehr diese fragwürdigen Gestalten durch Ereignisse der letzten Zeit erschreckt worden sind, zeigt die Erklärung, die der saarländische Justizminister Dr. Heinz Braun abgegeben hat: die Linie der saarländischen Sozialdemokraten sei unverändert, der Generalrat der Partei habe die bisherige Saarpolitik einstimmig gebilligt.

Beide Behauptungen sind ein verzweifelter Versuch, Tatsachen zu widerlegen, indem man sie einfach ableugnet. Wer so verfährt, ist in einer schlechten Lage. Braun hat weiter erklärt, er habe im Generalrat keineswegs gegen eine Verbesserung des Verhältnisses der SPS zur SPD gesprochen, er habe nur von seinen "leider erfolglosen" Bemühungen berichtet, mehr Verständnis bei der SPD für die Saarpolitik zu erwecken.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: die oberste Instanz der SPS hat am 14. Januar eine Entschliessung gefasst, die sich ganz eindeutig gegen die bisherige Politik der saarländischen Regierung stellt. Ihr Kern war der einstimmig gefasste Beschluss, keiner endgültigen Regelung des Saarproblems vor einem Friedensvertrag zuzustimmen. Sie billigte damit die Kopenhagener COMISCO-Entschliessung vom letzten Jahr (gegen die die dort anwesenden Vertreter der SPS gestimmt hatten) und

die sich auch gegen die Methode wandte, die Saar betreffende Abmachungen ohne Minzuziehung der Regierung der deutschen Bundesrepublik zu treffen. Das alles ist sehr eindeutig im Sinne einer Revolte der Partei gegen ihre politisch mehr oder weniger korrupte Führerschaft.

Der erste Repräsentant der Saar-Regierung ist dieser Tage von einer vergeblichen Reise nach Paris zurückgekehrt, die ihm die Zusicherung einer Staatspräsidentenschaft und damit auch einer formell endgültigen politischen Loslösung des Saargebietes von Deutschland bringen sollte. Daraus ist nichts geworden, trotz dem Angebot Hoffmanns, mit einem kleinen militärischen Beitrag von 10 000 Saarländern aufzuwarten. Der Generalrat der SPS hat auch einstimmig beschlossen, Verbindungen mit der deutschen Bruderpartei aufzunehmen. Das ist inzwischen geschehen. Freilich war Herr Braun nicht daran beteiligt. Die zurückliegenden Bemühungen, von denen er spricht und die darauf abzielten, die SPD für seine Politik zu gewinnen, blieben allerdings vollkommen erfolglos. Im Übrigen haben auch die Franzosen ihm in Paris zu verstehen gegeben, dass sie es für verfehlt halten würden, ausgerechnet unter den gegenwärtigen Umständen aus den latenten deutsch-französischen Spannungen in der Saar-Frage einen offenen Konflikt werden zu lassen. Amerikaner und Engländer waren ohnehin dieser Ansicht.

Auch der Vorstand der SPD hat sich dieser Tage mit dem neuesten Stand des Saarproblems befasst und von einer bevorstehenden Aktivierung der Saarpolitik der deutschen Sozialdemokratie gesprochen. Man hat gefragt, was darunter zu verstehen sei. Das wird man aus guten Gründen nicht in jeder Einzelheit der breitesten Öffentlichkeit mitteilen. Immerhin kann soviel gesagt werden, daß für den Fall, daß die Idee des saarländischen Staates weiter forciert werden sollte, ein verstärkter Druck auf die Regierung der Bundesrepublik ausgeübt werden würde, sehr nachdrücklich und sichtbar die deutsche Stellungnahme zu dieser Frage darzulegen, so dass man auch bei der COMISCO in dem Sinne vorstellig werden würde, nachzuprüfen, wie weit der gegenwärtige Rechtsstatus der Saar die Bedingungen erfüllt, die an ein Mitglied des Europarates gestellt werden müssen. Die Ergebnisse einer solchen Nachprüfung werden kaum zweifelhaft sein.

Die Vertrauenskrise im Saargebiet, die gegen die Regierung gerichtet ist, hat weiteste Kreise erfasst. Auch innerhalb der Partei des Ministerpräsidenten regt sich der Widerstand gegen den Geist hemmungsloser Unterwürfigkeit im Umgang mit Frankreich, und aus der früheren abgestorbenen FDP hat sich eine neue recht lebendige demokratische Partei entwickelt, die heute die einzige echte Oppositionspartei ist, da die gegen die Regierung gerichtete Haltung der KP eine rein sowjetische Auftragsangelegenheit ist.

Natürlich werden sich die gegenwärtigen Machthaber mit allen Mitteln zu halten versuchen. Ob ihnen das auf die Dauer gelingt, ist sehr fraglich geworden.

Scharfe Unterhauskämpfe zu erwarten

F.S., London, im Januar

Die Umwandlung des englischen Kabinetts wurde zwar erwartet, hat aber insofern Überraschungen gebracht, als man mit einem Ausscheiden des Aussenministers Bevin wegen seines Gesundheitszustandes rechnete. Die zweite Überraschung war die Ernennung des bisherigen Gesundheitsministers Aneurin Bevan zum Arbeitsminister, die im Hinblick auf die Bedeutung der Verteilung und Verwendung der Arbeitskräfte und der Produktionssteigerung einer Beförderung gleichkommt. Dieser vitale, von allen Regierungsmitgliedern am wenigsten verbrauchte Minister ist der bestgehasste Gegner der Opposition und der beliebteste Vertreter der Arbeiterschaft. Die Umwandlung des Kabinetts deutet an, dass Ministerpräsident Attlee nicht daran denkt, eine Koalitionsregierung zu bilden, wenn nicht aussen- oder innenpolitische Verschärfungen eintreten; er wird vielmehr eine eventuelle Niederlage der Regierung im Parlament mit ihrem Rücktritt und mit Neuwahlen beantworten. Die Ernennung Hugh Dalton's zum Gesundheitsminister und die Umbesetzung des Arbeitsministeriums weisen allein schon darauf hin, dass Labour bereit ist, die Verantwortung auch weiterhin zu übernehmen und den Kampf mit der Opposition aufzunehmen.

Gleich nach Eröffnung des Parlaments wird von den Konservativen eine Debatte über die Aufrüstung beantragt werden, die schon einen Schatten auf das kommende Budget wirft, da im Zusammenhang mit den Verteidigungsmaßnahmen auch die Aufbringung der Kosten eine Rolle spielen wird, die ursprünglich für drei Jahre mit 3.600 Millionen Pfund veranschlagt wurde, eine Summe, die schwerlich ausreicht und selbst mit Hilfe amerikanischen Kapitals neue Steuerbelastungen bringen muss. Während der Debatte wird die Opposition den Antrag auf eine geheime Aussprache stellen, den die Regierung ablehnen wird, um die Bevölkerung und das Ausland nicht unnötig in Unruhe zu setzen und um zu bekunden, dass sie nicht die Absicht hat, die Opposition mehr als notwendig ins Vertrauen zu ziehen.

Mitte Februar werden die Konservativen eine weitere Debatte über die Nationalisierung der Stahlindustrie beantragen, die längst schon beschlossen ist, aber durch Erweiterungsentwürfe erst behandelt werden kann. Hier hätte die Regierung nachgeben müssen, wenn sie vor einem allgemeinen innen- und aussenpolitischen Notstand bereit gewe-

sen wäre, eine Koalition einzugehen.

Der dritte Versuch, die Regierung zu Fall zu bringen, wird eine Debatte sein, die ebenfalls geeignet ist, den Konservativen eine gute Wahlparole zu geben. Es handelt sich hier um die Erdnuss-Anpflanzungen in Afrika, von denen sich die Regierung zweifellos bessere und schnellere Erfolge versprach, die aber nicht eintraten, zumal es sich hier um erste Versuche handelte, weite Landgebiete unter schwierigsten Verhältnissen zu kultivieren.

Die letzte Krise während der nächsten Wochen wird schliesslich im Zusammenhang mit der Kohlenproduktion zu erwarten sein. Die Förderung ist seit der letzten Kohlenkrise 1947 zwar dauernd gestiegen. Während der ersten acht Monate des vergangenen Jahres wurden wöchentlich 50 000 Tonnen mehr gefördert als in der gleichen Zeit des Jahres 1949. Seit dem letzten Oktober aber sank die Produktion, während sich der Verbrauch steigerte. Die Regierung hat die Bergarbeiter aufgerufen, bis Ende April 3 Millionen Tonnen extra zu fördern; aber selbst wenn diese Zahl erreicht wird, würde sie gerade ausreichen, einen milden Winter zu überstehen. Da es sich auch hier um eine nationalisierte Industrie handelt, werden die Konservativen Demonstrationsanträge stellen und auch hier wird die Regierung die Abstimmung als eine Vertrauensfrage behandeln.

Die vorgesehenen Führer der Bereitschaftspolizei

(sp) Die "SPD-News", das in Englisch für das Ausland erscheinende Nachrichten-Organ des Parteivorstands der SPD, beschäftigt sich in der neuen Ausgabe mit der Bereitschaftspolizei. Dabei werden die Lehrgänge, die bisher für Hundertschaftsführer der Bereitschaftspolizei in Hann.Münden (vom 25.9. bis 18.11.) und für Abteilungsführer (am 2. Oktober begonnen) kritisch beleuchtet und es wird nachgewiesen, dass von den 52 Lehrgangsteilnehmern in Hann.Münden 32, von 25 Teilnehmern des Kursus in Traunstein 20 politisch belastet sind. Sämtliche Teilnehmer beider Lehrgänge waren von der Bundesregierung einberufen worden, die Länderregierungen hatten auf die Auswahl dieser Männer keinen Einfluss.

In den "SPD-News" werden die 32 bzw. 20 politisch belasteten Anwärter auf Führerstellen in der Bereitschaftspolizei in einzelnen

angeführt. Wir greifen aus dieser Aufstellung einige typische Fälle heraus:

Hann.Münden: W.A., Fg u. politischer Leiter seit 1929, Mitglied der SS seit November 1931, letzter Rang: Sturmbannführer; A.A., HJ 1930, SS 1932, Hauptsturmführer; E.M., Fg Mai 1933, SS Juni 1940, Hauptsturmführer; K.H.M., Fg 1932, SA 1933, SS 1943, Hauptsturmführer; W.O., HJ 1929, Fg 1932, SS 1932, Sturmbannführer; W.P., Fg 1930, SA 1932, SS 1938, Sturmbannführer.

Greunstein: G.B., Fg 1930; R.H., Fg 1933; S.E., Fg und SA 1933, SS 1939, Sturmbannführer; P.W., Fg 1932; G.Z. Fg 1933, SS 1938, Obersturmbannführer.

+ + +

SPD-Haltung zur Remilitarisierung unverändert

Aus dem Büro des Parteivorstands der SPD wird mitgeteilt:

"Gegenüber Versuchen, in Presse und Rundfunk die Öffentlichkeit über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu einem deutschen militärischen Beitrag zu verwirren, wird vom Vorstand der SPD festgestellt, dass die sozialdemokratische Politik unverändert ist. Es wird von Seiten der SPD mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass es bei dem sozialdemokratischen "Nein" bleibt, wenn nicht die seit langem bekannten, festgelegten und von der SPD als notwendig erklärten Voraussetzungen erfüllt sind."

- - -

PV-Telegramm zum Ableben von Anna Siemsen

sp. Zum Ableben der Schriftstellerin Anna Siemsen hat der Parteivorstand der SPD an den Landesvorstand der SPD-Lanburg folgendes Telegramm gerichtet:

"Das plötzliche Ableben Anna Siemens hinterlässt in der sozialistischen Bewegung eine schmerzliche Lücke. Ihre reichen Erfahrungen, ihr umfassendes Wissen und ihre pädagogischen Fähigkeiten haben der Theorie und der praktischen Arbeit der deutschen Sozialdemokratie wertvollste Impulse verliehen. Die SPD trauert um diesen schweren Verlust und spricht ihre tiefste Anteilnahme aus.

Vorstand der SPD
gez. Schumacher, Erich Ollenbauer"

+ + +

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt